SPÖ DIE WIENPARTEI. Bezirksorganisation Mariahilf

DIE GRÜNEN MARIAHILF

FPÖ MARIAHILF www.MARIAHILF.FPOE-WIEN.at

Die neue Volkspartei Mariahilf

neos

Aufzuganlage Corneliusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ, Grüne, FPÖ, neuen Volkspartei Mariahilf und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Vizebürgermeisterin Birgit Hebein im Zusammenwirken mit dem zuständigen Stadtrat für Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung und Internationales Peter Hanke zu ersuchen, den Bezirk bei der Realisierung der Aufzuganlage in der Corneliusgasse zu unterstützen und nach Möglichkeit zu fördern, insbesondere durch Aufnahme des Projekts in die 50% Förderung seitens des Bundes im Rahmen des Gemeindepakets .

Begründung

Mariahilf hat als Gender Mainstreaming Musterbezirk Anfang der Nuller-Jahre mit einem Aufzug eine barrierefreie Verbindung zwischen der Stiegengasse und der Windmühlgasse geschaffen. Seitens der Anrainer/innen der Corneliusgasse und im Zuge der Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Bereichs vor der VS Corneliusgasse wurde der Wunsch zur Installierung eines Aufzugs im Bereich der Corneliusstiege geäußert, insbesondere weil die Stiege auch Teil des Schulwegs ist.

Laut Gutachten der zuständigen Fachdienststellen ist die Installierung einer Aufzuganlage von der Corneliusgasse aus gesehen links der Stiege technisch möglich, 630.000 Euro werden laut Kostenschätzung für die Errichtung veranschlagt. Da dieser Betrag aufgrund des geringen Bezirksbudgets für Mariahilf nur schwer zu stemmen ist, ersuchen wir um eine Unterstützung seitens der Stadt Wien. Mit dem im Juni 2020 im Nationalrat beschlossenen Gemeindepaket ergibt sich nun die Möglichkeit, einen 50%-Kostenzuschuss des Bundes für dieses Projekt zu erhalten.

Die zuständigen Stadträt/innen werden daher ersucht, die Aufzuganlage auf die Wien-Liste des Gemeindepakets aufzunehmen, um von der 50% Förderung durch den Bund zu profitieren bzw. aufgrund der überregionalen Bedeutung des Projekts zusätzliche Förderungen seitens der Stadt Wien zu gewähren.

Gerhard Hammerer

Die neue Volkspartei

Mariahilf

Kreuzung Getreidemarkt / Linke Wienzeile

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, den Kreuzungsbereich Getreidemarkt / Linke Wienzeile zu überprüfen.

Begründung

Im Zuge der Verlängerung des Wientalradwegs wurde an dieser Kreuzung eine Verkehrsinsel mit Verkehrsschildern errichtet, die das Befahren durch KFZ verhindern soll. Bereits wenige Wochen nach Inbetriebnahme wurden die Schilder durch unbeabsichtigte Befahrung beschädigt. Zwei nebeneinander fahrende Fahrzeuge (es bestehen zwei Rechtsabbiegespuren) können die Kreuzung gleichzeitig kaum bewältigen, was zwangsläufig zu ärgerlichen und überflüssigen Staus führt. Im Rahmen der Kommission soll daher über Verbesserungsvorschläge diskutiert werden.

Maria Blazej

Anhang

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt

Die neue Volkspartei

Mariahilf

Nutzung Radweg Franz-Schwarz-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, die gemeinsame Nutzung des Radwegs im Bereich des Franz-Schwarz-Parks für Radfahrer und Fußgänger zu prüfen.

Begründung

Seit der Schaffung des neuen Schutzweges, wird dieser Abschnitt bis zum Rad- sowie Fußgänger-Drehkreuz im Bereich des Sechshausergürtels verstärkt von Fußgängern frequentiert. Damit ein besseres Miteinander von Radfahrern und Fußgängern gewährleistet ist, sollten Markierungen für beide Formen der Fortbewegung angebracht werden (derzeit nur das Radfahrsymbol).

Rainer Wolschner

Anhang

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt

Die neue Volkspartei

Mariahilf

Hinweistafeln

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) zu ersuchen, an der Bushaltestelle der Big Bus Tours Ecke Gumpendorfer Straße / Stiegengasse namens „Haus des Meeres" eine Hinweistafel zum „Haus des Meeres", zum „Naschmarkt" und zum „Raimundhof" bzw. zur „Mariahilfer Straße" anzubringen.

Begründung

An der Haltestelle aussteigende Touristen stehen hilflos an der Haltestelle und sind darauf angewiesen Passanten nach den o.a. Sehenswürdigkeiten zu fragen. Das Haus des Meeres ist immerhin 350 Meter von dieser Stelle entfernt.

Maria Blazej

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt

Die neue Volkspartei

Mariahilf

Zwischennutzung IHS Stumpergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 7) im Zusammenwirken mit der Kulturkommission zu ersuchen, die Möglichkeiten zur temporären Nutzung des ehemaligen Gebäudes des IHS in der Stumpergasse 56 (z.B. für Kunstprojekte) sowie zur künstlerische Gestaltung der Fassade zu prüfen.

Begründung

Insbesondere die Außenfassade der Liegenschaft Stumpergasse Nr. 56 gibt leider ein immer traurigeres Bild ab und wird immer mehr durch Vandalismus verunstaltet. Da es immer noch keine Informationen hinsichtlich der zukünftigen Nutzung gibt, wäre es sinnvoll, durch temporäre Aktivitäten wie etwa kreative Kunstprojekte die Liegenschaft zu bespielen bzw. zu attraktivieren.

Rainer Wolschner

Antrag wurde einstimmig der Kulturkommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt

Die neue Volkspartei

Mariahilf

Trinkbrunnen Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 31) zu ersuchen, die Errichtung eines zusätzlichen mobilen Trinkbrunnens auf der Mariahilfer Straße Höhe Amerlingstraße zu prüfen.

Begründung

Derzeit gibt es auf der Mariahilfer Straße zwei mobile Trinkbrunnen, einer davon auf Mariahilfer Seite (Höhe Nr. 119). Ein zusätzlicher mobiler Trinkbrunnen würde nicht nur zu einer Verbesserung des Mikroklimas beitragen, sondern auch den Platz optisch aufwerten.

Karl Gödde

Antrag wurde einstimmig angenommen

Die neue Volkspartei

Mariahilf

Kiss-and-ride-Zonen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) zu ersuchen, die Möglichkeiten zur Einrichtung von Kiss-and-ride-Zonen vor den öffentlichen Schulen im Bezirk zu prüfen.

Begründung

Kiss-and-ride-Zonen stellen eine probate Möglichkeit dar, um das Zu- und Abfahren im Schulbereich reibungsloser zu gestalten.

Auch in Zukunft wird es neben dem zu Fuß gehen, dem Radfahren bzw. Scooter fahren auch das Auto (idealerweise mit nachhaltigen Antriebsformen) als Transportmittel für die Einwohner des Bezirks geben.

Dieses Konzept steht der Überlegung der autofreien Straße direkt vor den Schulen nicht entgegen. Denn diese Zonen sollen in der Nähe, nicht aber zwangsläufig direkt vor der Schule ermöglicht werden, was im Einzelfall nach den lokalen Gegebenheiten zu prüfen ist.

Idealerweise wird für die Prüfung und etwaige Errichtung im Zusammenwirken mit den jeweiligen Schul-Gemeinschafts-Ausschüssen (SGA) zusammengearbeitet, um die Interessen aller involvierten Gruppen abzubilden und deren Schutz bestmöglich zu gewährleisten.

Es ermöglicht auch Berufspendlern, solange es etwa nicht ausreichend öffentliche Anbindungen ins Umland gibt, ihre Kinder am Morgen zur Schule zu bringen. Diese deklarierten Zonen sorgen für ein Mehr an Sicherheit, da klare Bereiche für das Absetzen der Kinder vorgesehen sind, anstatt dass sie auf offener Straße aussteigen müssen.

Die neue Volkspartei

Mariahilf

Aufgrund der andauernden Corona-Krise ist hat dieses Thema an neuer Brisanz gewonnen. Da Schutz-/Vorsorgemaßnahmen, wie die Maskenpflicht laufend zurückgezogen und auch in den dafür vorgesehenen Bereichen wie U-Bahnen leider immer weniger konsequent eingehalten werden, müssen Risikogruppen u.a. Kinder, wenn sie den Schulunterricht besuchen wollen, sich entweder dem Risiko von Menschenansammlungen im öffentlichen Verkehr etc. aussetzen oder sie werden von den Eltern, die selbst auch einer Risikogruppe angehören können, etwa mit dem Auto zur Schule gebracht. Das Rad allein ist keine ganzjährige Alternative bzw. Allwetter tauglich.

Diese Verhaltensänderung von Schülern und Eltern auf dem Schulweg wurde bereits in den ersten Wochen nach Wiedereröffnung der Schulen beobachtet.

Gerade bei Kindern mit chronischen (Lungen-)Erkrankungen etc., welche sie zu einer Risikogruppe bei einer aktiven Erkrankung mit SARS Cov-2 macht, wäre die Verbesserung der Ermöglichung einer individuellen Anreise zum Schulunterricht eine große Unterstützung.

Ohne diese besteht die Möglichkeit, dass es sonst bei dieser Gruppe von Kindern vermehrt vorkommt, dass sie dem Schulunterricht fernbleiben würden. Was neben ausbildungstechnischen Nachteilen auch zu sozialer Benachteiligung und seelischen Leid führen würde.

Zusätzlich würde es auch zum Schutz von Risikogruppen im heimischen Familienverband der Schulkinder beitragen.

Bei wärmer werdenden Temperaturen scheint die Virus-Krise fast überstanden, aber im Herbst wird uns dieser Virus und seine Risiken weiterhin beschäftigen und das soweit derzeit absehbar auch noch die kommenden Jahre. Daher muss es in unser aller Interesse liegen, jetzt eine Prüfung auf den Weg zu bringen, um ggf. notwendige Anpassungen im öffentlichen Raum mit Schulbeginn bzw. Beginn der Erkältungszeit rasch umsetzen zu können.

Der Schutz von Risikogruppen muss vorausschauend geplant werden und liegt im Interesse aller Menschen im Bezirk.

Rainer Wolschner

Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (ÖVP und FPÖ dafür)